Jan Wehrheim

Die überwachte Stadt – Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung

3. Auflage

Verlag Barbara Budrich

Jan Wehrheim
Die überwachte Stadt

Jan Wehrheim

Die überwachte Stadt

Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung

3. Auflage

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2012

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.
© 2012 Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin & Toronto
www.budrich-verlag.de

ISBN 978-3-86649-495-4
eISBN 978-3-86649-513-5

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – www.disenjo.de
Typografisches Lektorat: Ulrike Weingärtner, Gründau
Druck: paper & tinta, Warschau
Printed in Europe

Inhalt

Inhalt **5**

Verzeichnis der Tabellen, Karten, Grafiken und Abbildungen **9**

Abkürzungsverzeichnis **10**

Vorwort zur dritten Auflage **12**

Vorwort zur zweiten Auflage **17**

Einleitung **21**

I. Un-Sicherheit und neue Ausprägungen sozialer Ungleichheit **25**

1. Modernisierung und städtischer Wandel – Eine kurze Einführung in die Hintergründe **25**

1.1 Wandel der Gesellschaft 25

1.2 Wandel der Stadt 32

2. Von struktureller Ausgrenzung zu Strafe **36**

2.1 Exklusion – woraus? 37

2.2 Struktureller Wandel, Raum und soziale Ungleichheit 38

2.2.1 Urban Underclass 38

2.2.2 Soziale Ausgrenzung 39

2.3 Ausgrenzung moralisch begründet und legitimiert 44

2.4 Die „Gefährlichkeit" der Armen und der Räume 46

2.5 Exklusion als Paradigma des Strafsystems 49

2.6 Politik der Exklusion 52

II. Die Mechanismen des Überwachens und Ausschließens in den Städten **57**

1. Recht und personelle Intervention im Raum **57**

1.1 Verrechtlichung des öffentlichen Raumes 57

1.2 Recht und Privatisierung von Raum ... 62
1.3 Neue Personelle Interventionsmöglichkeiten und deren Folgen ... 63
1.3.1 Die Bedeutung privater Sicherheitsdienste ... 71
1.3.2 Police-Private-Partnerships ... 75

Erster Exkurs: Von Broken Windows zu Community Policing und Zero Tolerance ... 77

2. Technische Überwachung von Räumen ... 84
2.1 Technische Möglichkeiten ... 86
2.1.1 Videoüberwachung ... 86
2.1.2 Spezifische Formen der (optischen) Überwachung ... 88
2.1.3 Audioüberwachung ... 90

Zweiter Exkurs: Hören und Riechen ... 91

2.2 Zugangskontrollsysteme ... 92
2.3 Visuelle Überwachung ... 93
2.3.1 Grenzen von und Probleme mit CCTV ... 93
2.3.2 Einsatzfelder und Verbreitung ... 95
2.3.3 Hintergründe der Videoüberwachung ... 100
2.3.3.1 Kriminalität, Krawalle und politisch motivierte Gewalt ... 100
2.3.3.2 Revitalisierung und der 'feel-good'-Faktor ... 101
2.4 Selektive Überwachung und Ausschluss ... 104

3. Architektur und Gestaltung von Raum ... 108
3.1 Von der „Mannigfaltigkeit" zur Architektur der Ausgrenzung ... 108
3.1.1 Defensible Space ... 110
3.1.2 Crime Prevention Through Environmental Design ... 114
3.2 Ästhetisierung und Sauberkeit ... 116
3.3 Design und Raummobiliar ... 118

Dritter Exkurs: Symbolische Besetzung von Räumen und Graffiti ... 120

3.4 Skywalks als Architektur des Transits ... 124

4. Das Zusammenspiel der Maßnahmen in neuen Raumtypen ... 127

III. Archipele der Sicherheit? ... 131

1. Shopping Malls ... 131
1.1 Gestalt und Verbreitung ... 132
1.1.1 Manhattan Mall ... 137

1.1.2 CentrO Oberhausen ... 139
1.2 Integrativer Konsum? ... 142
1.3 Stadt, Malls und soziale Funktionen ... 145

2. Orte des Transits ... 147
2.1 Bahnhöfe in Deutschland ... 147
2.1.1 Das 3-S-Programm ... 147
2.1.2 Sanieren und ausschließen ... 149
2.2 Bus- und Zug-Bahnhöfe in New York City ... 151
2.3 Der ÖPNV ... 154

3. Business Improvement Districts ... 158
3.1 Strukturen und Handlungsfelder ... 158
3.1.1 Times Square BID und Grand Central Partnership ... 161
3.1.2 Sozialarbeit und Repression ... 163
3.2 Standortgemeinschaften in deutschen Städten ... 166
3.3 Downtown as a Shopping Mall ... 168

4. Parks & Plazas ... 170
4.1 Parks ... 171
4.1.1 Ästhetisierung und Transparenz ... 171
4.1.2 De-Ästhetisierung und Schließung ... 174
4.1.3 Überwachung durch Personal und Technik ... 176
4.2 Indoor und outdoor Plazas ... 178

5. Gated Communities ... 181
5.1 Definition ... 182
5.2 Verbreitung und Hintergründe des Booms ... 183
5.3 Typologie ... 189
5.3.1 Neu entstehende private Gated Communities ... 190
5.3.1.1 Gated New Towns und Wohnparks ... 192
5.3.1.2 „Privatregierung“ und Gemeinschaft ... 194
5.3.1.3 Regeln und Restriktionen in privaten Nachbarschaften ... 196
5.3.2 Nachträglich geschlossene Nachbarschaften ... 198
5.3.3 Doorman-Gebäude ... 200
5.4 Gated Communities in Deutschland ... 201
5.4.1 Doorman für Sozialhilfeempfänger und globale Eliten ... 202
5.4.2 Geschlossene Siedlungen ... 204
5.5 Verfestigte Segregation und Ausschluss ... 205

IV. Ergebnisse und Fazit: Soziale Ausgrenzung und eine neue Struktur von Stadt 211

1. Zugang zu Raum und soziale Exklusion 211
1.1 Ausschlusskriterien und Kommerzialisierung von Raum 215
1.2 Ausgrenzung und Ausschließung rückblickend betrachtet 219

2. Sicherheit und Stadt 225
2.1 Sicherheit, Abgrenzung und Segregation 226
2.2 Sicherheitszonierung von Stadt? 231
2.3 Angst vor Urbanität 235

VI. Literaturverzeichnis 238

Verzeichnis der Tabellen, Karten, Grafiken und Abbildungen

Tabellen

Platzverweise und Ingewahrsamnahmen durch die Polizei in St. Georg/Hamburg 67
Aufgabenbereiche kommerzieller Sicherheitsdienste in Deutschland 74
Ethnische Struktur von Gated Communities 186
Ausschluss aus privatisierten Räumen 217

Karten

Betretungsverbote in Bremen 65
Videokameraeinzugsbereich Manhattan Mall 139
Indoor Plazas in Midtown Manhattan 179
Verbreitung von Gated Communities in Metro-Phoenix 185

Grafiken

Durchsetzung der Vertreibung durch „Ordnungshüter“ in Köln 68
Anzahl der Shopping-Center in den USA 1970-2003 133
Entwicklung der Shopping-Center in Deutschland 1965-2005 135
Shopping-Center Fläche pro 1.000 Einwohner 135
Quantitative Verbreitung von Gated Communities in den USA 184

Abbildungen

Sozial-räumliche Exklusion zwischen den Disziplinen 223
Sicherheitszonierung von Stadt 234

Abkürzungsverzeichnis

AFDC	Aid For Dependent Children
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft
BDWS	Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BID	Business Improvement District
BPRC	Bryant Park Restoration Coorporation
BverfG	Bundesverfassungsgericht
BVG	Bundesverwaltungsgericht oder Berliner Verkehrsgesellschaft
CAI	Community Association Institute
CC&Rs	Convenants, Conditions & Restrictions
CCP	Community Crime Prevention
CCTV	Closed Circuit Televison
CID	Common Interest Development
CPTED	Crime Prevention Through Environmental Design
DB AG	Deutsche Bahn Aktiengesellschaft
EHI	EuroHandelsinstitut
FFM	Forschungsgesellschaft Flucht und Migration
GCP	Grand Central Partnership
GCSC	German Council of Shopping Centers
GCT	Grand Central Terminal
GIS	Geographic Information System
GPS	General Position System
HDE	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels
HK	Handelskammer
HOA	Homeowner Association
ICSC	International Council of Shopping Centers
IHK	Industrie- und Handelskammer
ILS	Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein Westfalen
IRA	Irish Republican Army
LAPD	Los Angeles Police Department

NCPC	National Crime Prevention Council
NGefAG	Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz
NIMBY	„Not in my Backyard“
NYCLU	New York Civil Liberties Union
NYPD	New York Police Department
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PABT	Port Authority Bus Terminal
PCCOPS	Personal Computer Community Organization Prevention System
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
PPS	Project for Public Space
PSO	Private Security Officer
RA	Residential Association
RFID	Radio Frequency Identification
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
TANF	Temporary Assistance for Needy Families
W&S	Wirtschaftsschutz & Sicherheitstechnik

Vorwort zur dritten Auflage

Die dritte Auflage wurde sechs Jahre nach der zweiten nicht wieder vollständig aktualisiert und überarbeitet. Dieses Vorwort soll aber dazu dienen, kurz neue Entwicklungen und Kontinuitäten anhand einiger Beispiele zu skizzieren. Die Entwicklung der Städte in Deutschland und anderen Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus zu beobachten, verdeutlicht vor allem, dass die grundlegenden, hier interessierenden Trends fortbestehen. Möglicherweise ist es sogar erst jetzt oder in naher Zukunft berechtigt, tatsächlich von *überwachter* Stadt zu sprechen.

Bei der ersten Auflage des Buches 2002 legitimierte primär Videoüberwachung, die damals in Großbritannien schon verbreitet war und in deutschen Städten gerade Einzug hielt, den Titel des Buches, das sich eigentlich viel stärker mit räumlich orientierter sozialer Kontrolle, mit Verdrängung bestimmbarer sozialer Gruppen aus städtischen Räumen und mit deren Auswirkungen auf Prozesse sozialer Ausgrenzung befasste und befasst. So war es eine Prognose, die Deutsche Vereinigung für Datenschutz zu zitieren, der zufolge dem öffentlichen Raum die informationstechnische Ausbeutung erst noch bevor stünde (siehe II. 2.1.2). Mittlerweile hat sich das geändert. In größeren Flughäfen oder Shopping Malls gehört es bereits dazu, Personenbewegungen nicht nur mittels Videokameras zu überwachen und zu lenken, sondern ebenso die wlan- oder Handysignale der Anwesenden dafür zu nutzen. Google Street View ist in aller Munde und hat dabei eine wenig thematisierte sozialstrukturelle Dimension, wenn nun nicht mehr nur der abstrakte Ruf eines Quartiers bedeutsam ist, sondern jeder schnell nachgucken kann, welche Wohnform und was für eine Nachbarschaft sich hinter einer bisher unbekannten Adresse verbirgt. Handydaten bringen exakte Bewegungsprofile nicht nur innerhalb geschlossener Räume hervor und erste Bestrebungen, georeferenzierte Massen- und Ereignisdaten zu nutzen, um Kriminalitätsprognosen für einzelne Quartiere oder Wohnblocks abzugeben resp. Polizeiarbeit daran auszurichten, zeigen sich auch hierzulande. (Frers/Krasmann/Wehrheim 2012) Am deutlichsten wird dieser Trend aber beim Blick auf das Forschungprojekt „Intelligent information system supporting observation, searching and detection for security of citizens in urban environment“ (Indect), das derzeit mit knapp 15 Million Euro von der Europäischen Union finanziert wird. Ziel soll es sein, zukünftig unterschiedliche Überwachungs-

technologien zu bündeln, um Vorhersagen machen zu können und um automatisch als abweichend definiertes Verhalten zu erkennen – wozu laut Forschungsdesign auch längeres Verweilen oder Rennen zählt. Teil dieser Vision sind unbemannte Drohnen, die unter anderem kombiniert mit biometrischen Datenbanken selbstständig Personen in Städten identifizieren sollen. Auch wenn derzeit biometrische Datenbanken und Technologien in staatlichen und auch in kommerziellen Anwendungsbereichen boomen, so scheinen solche Überwachungsbestrebungen bisher jedoch nicht mehr, als unter dem Label ‚Sicherheit' verkaufte orwellsche Phantasien zu sein. Bisher jedenfalls scheiterten selbst die weit weniger avancierten Versuche mittels Videoüberwachung gleichermaßen an technischen Defiziten wie an den zu komplexen alltäglichen Handlungen von Menschen. Die jüngeren Entwicklungen, und insbesondere die in Forschungsprogrammen zum Ausdruck kommenden Bestrebungen, zeigen allerdings den Weg und es ist gerade die Technisierung des (städtischen) Alltags, die die Datenbasis für Überwachung schafft.

Dass die in diesem Buch beschriebenen Entwicklungen nicht gradlinig verlaufen, ist nicht nur die Folge von technischen Defiziten. Städtische Räume sind umkämpft. Das Projekt „Stuttgart 21" etwa wurde erstmals Mitte der 1990er Jahre der Öffentlichkeit präsentiert bis es schließlich 2010 zum wahrscheinlichen Höhepunkt des Protests gegen den vor allem auch als Stadtentwicklungsprojekt zu bezeichnenden Umbau des Stuttgarter Bahnhofs kam. Ein wie auch immer geartetes Ende des Projekts ist noch nicht absehbar. Der Protest dagegen war und ist jedoch eher untypisch und tangiert nur am Rande Fragen nach einer Ökonomisierung von Stadt, nach sozialer Ausgrenzung und nach Kontrolle von Räumen wie sie aktuell in verschiedenen Städten von zahlreichen Initiativen unter dem Slogan „Recht auf Stadt" aufgegriffen werden. Viel unmittelbarer und auch überraschender war hingegen 2011 der weniger bekannte, aber erfolgreiche Protest im Zusammenhang mit der Kersten-Miles-Brücke in Hamburg. Die im touristisch attraktiven Bereich der Hamburger Landungsbrücken und nahe des exklusiven Stadtentwicklungsprojekts „Bernhard-Nocht-Quartier" am Rande von St. Pauli gelegene Brücke, beherbergte seit vielen Jahren Hamburger Obdachlose. Um die für den Städtetourismus von Teilen der Politik als störend Eingestuften zu verdrängen, wurden zunächst noch recht subtil für kolportierte 100.000 Euro große Wackersteine sowie ein künstlicher Bachlauf auf den angestammten Flächen unter der Brücke platziert. Als dies nicht den gewünschten Erfolg hatte, wurde für weitere ca. 18.000 Euro ganz ungeniert ein Zaun aufgestellt, damit unter der Brücke niemand mehr schlafen konnte. Entsprechende Maßnahmen sind zwar in (deutschen) Städten üblich (siehe II. 3.), selten werden sie aber so offensiv umgesetzt und noch seltener treffen sie auf größere Widerstände. In Hamburg regte sich Protest von der Boulevardpresse, über Sozialverbände bis hin zu Demonstrationen im Kontext auch anderer stadtpoli-

tischer Initiativen und einer Farbbeutelattacke auf das Haus eines involvierten Politikers. Der Zaun ist inzwischen wieder abgebaut. Dafür plant Hamburg nach Kieler Vorbild an anderer Stelle zusätzlich zu den so genannten Fixerstuben „Trinkerräume", um neben den exzessiveren Konsumenten illegaler auch die legaler Drogen aus den Feldern städtischer Sichtbarkeit zu entfernen.

Die Verbindung zwischen solch offener Verdrängung von Randgruppen und städtischen Umstrukturierungen lässt sich gerade im zeitlichen Ablauf erkennen. Die unter anderem in II. 1.3 aufgegriffenen Stadtteile Hamburg St. Georg und Bremen Ostertor/Steintor können dafür als exemplarisch angesehen werden: Hunderttausende von Platzverweisen und Aufenthaltsverboten, Videoüberwachung, Änderungen des Polizeirechts, bauliche Umgestaltungen und Nutzungsänderungen sowie die gezielte Ansiedlung gehobener Gastronomie führten nicht nur zur weitgehenden Verdrängung von Obdachlosen, Prostituierten und Drogenkonsumenten aus den Quartieren, sondern sie stellen auch die Basis für eine erfolgreiche Gentrifizierung dar und damit für die Verdrängung angestammter Bewohner zu Gunsten einkommensstarker Haushalte in Folge massiver Mietpreiserhöhungen sowie der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Gentrifizierung, als ein in der Stadtforschung seit den 1980er Jahren intensiv diskutiertes Phänomen, ist mittlerweile gerade in prosperierenden Städten ubiquitär geworden, und Thesen der „inneren Suburbanisierung" (Frank 2011) verweisen neben offensiven Investionsstrategien in Zeiten ökonomischer Verwertungskrisen auf besondere Qualitäten und Dynamiken. Damit verändern sich auch Befunde zu sozialer Ausgrenzung und benachteiligenden Quartieren: Standen lange Zeit Großsiedlungen am Stadtrand und innerstädtische, sanierungsbedürftige Altbauquartiere im Fokus, so sind letztere wie die genannten Beispielquartiere zunehmend gentrifiziert: Mit Unterschieden und Abstufungen von der in den 1990er Jahren umkämpften Lower East Side in New York bis zu dem in den 1980er Jahren noch durch Riots bekannt gewordenen Brixton in London. Neukölln in Berlin ist aktuell wohl das augenfälligste Beispiel für so einen Übergang in deutschen Städten: noch vor kurzem geradezu ein Synonym für ein vermeintliches „Underclass-Ghetto" vor allem türkischer Migranten der ersten, zweiten und dritten Generation, welches durch Armut und Gewalt geprägt sei, zieht es nun Studierende und die stadtpolitisch gehypten, vermeintlich „Kreativen" in die an Kreuzberg angrenzenden Bereiche des Reuterkiez. Gezielte (De-) Invesitionsstrategien, entsprechende Stadtpolitiken und veränderte Nachfragen sind es, die aus den Quartieren der Verlierer der städtischen Modernisierung sukzessive die gentrifizierten Quartiere der Gewinner werden lassen. Neue Konflikte und Proteste folgen (vgl. Holm 2010) und für die marginalisierten Gruppen bleiben wortwörtlich oft nur die Großsiedlungen an den Rändern der Städte übrig.

Was solche Konzentrationseffekte und Politiken der sozialen Ausgrenzung bewirken können, wurde bei den Unruhen 2005 in den französischen Banlieues und in den zwischen Abstieg und Gentrifizierung schwankenden Stadtteilen Londons 2010 angedeutet. Vor allem für Frankreich gilt eine selektive Kontrollpraxis der Polizei als Mitursache für die Unruhen. (u.a. Castel 2009: 38ff.) Die Situation in Deutschland ist zwar bei weitem nicht so brisant. In vielen deutschen Städten wurde jedoch eine solche soziale Selektivität des policings über das polizeiliche Instrument der „Gefahrengebiete" oder der „gefährlichen Orte" institutionalisiert (siehe II. 1.3) – wobei gerade diese *soziale* Selektivität gewissermaßen im Raum verschwindet: nicht bestimmte Personen dürfen nun per se verdachtsunabhängig kontrolliert werden, sondern Personen an bestimmten Orten. Die Legitimation erfolgt über den Raum und die geographisch größten „Gefahrengebiete" sind meist Wohnquartiere sozial Unterprivilegierter, die damit noch weiter in den Fokus der Kontrolle geraten. (Belina/Wehrheim 2011)

Galt bisher, dass Entwicklungen in deutschen Großstädten sich unter anderem deshalb in ihrer Intensität von Städten im angelsächsischen Raum unterschieden, weil Stadtentwicklung dort viel stärker marktförmig organisiert ist, während in Deutschland Politik und Planung einflussreicher sind, so scheint sich dies in zweifacher Weise zu ändern: Einerseits bestand lange gerade in finanziell angeschlagenen Kommunen (aber keineswegs nur in diesen) der Trend, Stadt insgesamt unternehmerisch zu organisieren: vom cross-border-leasing über die massive Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände zu public-privat-partnerships und Business Improvement Districts (siehe III. 3.0) bis hin zur Verwaltung. Im Zuge neoliberaler Ideologien schrumpfte der Einfluss der Politik und wurde in diesen Prozessen vor allem auch rechtlich zurückgedrängt. Andererseits wird die Ausrichtung von Stadt auf Tourismus, weiche Standortfaktoren für Unternehmen und einkommensstarke Bewohner etc. immer stärker stadtpolitisch und planerisch aktiv betrieben. Um beim Beispiel Hamburg zu bleiben: Das Leitbild ‚Wachsende Stadt' wird nicht nur versucht, mittels Großprojekten wie der Internationalen Bauausstellung (oder der vorerst gescheiterten Olympia-Bewerbung) umzusetzen, sondern ebenso sollen etwa Studierende mit Prämien in den schlecht beleumundeten Stadtteil Wilhelmsburg gelockt werden, um Gentrifizierung zu initiieren – auch wenn dies nicht so genannt wird. Politik und Planung werden selbst zu Motoren der Umstrukturierung und Ökonomisierung und in diesem Kontext sind auch Befunde raumorientierter sozialer Kontrolle und sozialer Ausgrenzung zu interpretieren.

Dem entgegen ist es wiederum die Rechtsprechung, die traditionelle Vorstellungen von öffentlichem Raum und Demokratie teilweise verteidigt. So entschied das Bundesverfassungsgericht am 22. Februar 2011: „Als legitimer Zweck zur Einschränkung der Meinungsfreiheit kann nicht der Wunsch herangezogen werden, eine ‚Wohlfühlatmosphäre' in einer reinen Welt des

Konsums zu schaffen, die von politischen Diskussionen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen frei bleibt." (1 BvR 699/06) Die Entscheidung wurde im Zusammenhang mit einem ursprünglich verhängten Demonstrationsverbot am Frankfurter Flughafen gefällt. Sie gelte jedoch ebenso für Bahnhöfe und Einkaufszentren – allerdings nur soweit diese überwiegend in öffentlicher Hand seien. Dass sich „gesellschaftliche Auseinandersetzungen" bereits in der offen sichtlichen Wahrnehmbarkeit unterschiedlicher sozialer Gruppen ausdrücken können, wurde vom Gericht jedoch nicht problematisiert – auch nicht die Macht der Eigentümer, Shopping Malls und andere eigentumsrechtlich private, aber sozial bedeutungsvolle Räume, selektiv für politische Öffentlichkeit zu öffnen (siehe III.). So war es in Hamburg 2010 scheinbar nur den Gegnern der Schulreform erlaubt, in einigen großen Malls Unterschriften für den Bürgerentscheid zu sammeln. Bisher wurden ganz überwiegend alle politischen Aktivitäten ausgeschlossen oder aber in Form von Events als „Normalität des Durchschnitts" inszeniert, um Urbanität zu simulieren. (Wehrheim 2009)

Das Urteil vor allem aber die intensiven politischen Debatten und die neuen Protestformen, wie sie sich auch in Bezug auf die in diesem Buch beschriebenen Inhalte artikulieren, zeigen, dass Stadtentwicklung keineswegs eindimensional verlaufen muss.

Bremen, im Januar 2012 Jan Wehrheim

Belina, Bernd/Wehrheim, Jan 2011: „Gefahrengebiete": Durch die Abstraktion vom Sozialen zur Reproduktion gesellschaftlicher Strukturen, in: Soziale Probleme, 22. Jg., 2 (im Druck)

Castel, Robert 2009: Negative Diskriminierung. Jugendrevolten in den Pariser Banlieues. Hamburg

Frank, Susanne 2011: Reurbanisierung als innere Suburbanisierung, in: Hill, Alexandra/Prossek, Achim (Hg.): Metropolis und Region. Herausforderungen für Stadtforschung und Raumplanung zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dortmund (im Erscheinen)

Frers, Lars/Krasmann, Susanne/Wehrheim, Jan 2012: Geodaten, Policing und Stadtentwicklung. unveröffentlichter Abschlussbericht zur gleichnamigen Vorstudie für die Fritz-Thyssen-Stiftung. Hamburg

Holm, Andrej 2010: Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster

Wehrheim, Jan 2009: Der Fremde und die Ordnung der Räume. Opladen & Farmington Hills

Vorwort zur zweiten Auflage

Die wesentlichen Arbeiten für die im Jahre 2002 erschienene erste Auflage des Buches „Die überwachte Stadt“ fanden Ende der 1990er Jahre statt. Als die Idee entstand, wurde die Verbreitung von Gated Communities oder Videoüberwachung in Städten zwar zur Kenntnis genommen, wissenschaftliche Literatur existierte, insbesondere im deutschsprachigen Raum, jedoch kaum. Dies hat sich grundlegend geändert. Gibt man heute etwa die genannten Begriffe in eine Internetsuchmaschine ein, finden sich nicht mehr nur Seiten von Anbietern entsprechender Produkte, sondern auch zahlreiche Aufsätze, Abhandlungen und Tagungshinweise. Auch die Feuilletons in den Tageszeitungen haben sich sowohl neuer Formen von Privatisierung und Überwachung von und in Städten als auch deren Bedeutung für „Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung“, wie es im Untertitel des Buches heißt, angenommen. Beides ist nun (leider) keineswegs allein auf das Erscheinen der ersten Ausgabe zurückzuführen, es spiegelt vielmehr die rasante Entwicklung und deren enorme Relevanz wider.

Gerade die Ergebnisse der jüngeren empirischen Forschung zu neuen Überwachungsformen in Städten lassen inzwischen differenzierte Blicke auf diese Entwicklung zu. Dabei erfreut es den wissenschaftlichen und bedrückt den politischen Autor, dass einige Prognosen, die in der ersten Auflage formuliert wurden, eintrafen: Geschlossene Wohnquartiere haben sich weltweit zu einem boomenden Segment des Wohnungsmarktes entwickelt, Zero Tolerance Strategien werden verstärkt als „international best practice“ begriffen und Broken Windows ist zu einem Gemeinplatz selbst in deutschen Polizeidienststellen geworden. Auch Videokameras sind inzwischen ein fester Bestandteil von Großstädten in den Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus, Shopping Malls proliferieren weiter, die räumliche Ausgrenzung sozial Unterprivilegierter gehört zu deren Alltag und Business Improvement Districts haben im Jahre 2005 auch Einzug in deutsche Städte gehalten. Dabei beruhigt es jedoch auch den politischen Autor und betrübt den wissenschaftlichen, dass einige Prognosen nicht zutrafen. Viele der beschriebenen Neuerungen funktionieren nicht immer so, wie sie intendiert waren. Viele Großprojekte der Privatisierung von Stadt scheiterten vorläufig an finanziellen Hürden oder an der fehlenden Nachfrage. Auch Videoüberwachung hat bislang offenbar eine noch geringere gesellschaftliche Bedeutung als es

prognostiziert war und als sie dem technischen Gerät politisch und medial zugeschrieben wird. Das Zusammenspiel von Raum, Technik und Personal hat nach wie vor seine Tücken und vor allem kann man eben nicht wissen, ob die Adressaten von Macht, „die Maßnahmen der Mächtigen wie diese definieren und entsprechend ‚empfinden'" (Peters 2002: 98). Überwiegend lassen sich die Adressaten nicht alleine durch eine schlichte Kamera disziplinieren, sie nehmen sie meist gar nicht wahr oder ignorieren sie, oder aber sie entwickeln Coping-Strategien, um sich Freiheiten zu bewahren. Der öffentlich zugängliche Raum der Großstädte ist halt gerade das Gegenteil von „totalen Institutionen" (Goffman), in denen Disziplinierung nahe liegt. Dennoch verweisen die jüngsten technischen Entwicklungen auf das enorme Potential dieser und anderer Überwachungstechniken, und die Diagnosen der Gegenwart sehen Disziplinierung auch nicht mehr als zentrales oder gar alleiniges Merkmal zur Herstellung sozialer Ordnung an. Unterschiedliche Ordnungen treten nebeneinander und Exklusion kann nach wie vor als ein konstituierendes Merkmal dieser neuen Ordnungen angesehen werden: Während die einen, innerhalb der jeweiligen Ordnungen als nützlich Definierten, über Sanktionen und Anreize integriert werden sollen, herrscht für die anderen, denen eine Nützlichkeit nicht unterstellt wird, Exklusion vor.

Neben solchen Überlegungen zu neuen Formen und Wirkungsweisen sozialer Kontrolle werden in jüngster Zeit insbesondere zwei Fragestellungen im Zusammenhang mit Überwachung, eigentumsrechtlicher Privatisierung von städtischen Räumen und Ausgrenzungstendenzen kontrovers diskutiert: Gibt es erstens nicht auch eine gegenläufige Tendenz der Veröffentlichung städtischer Räume und folgen zweitens deutsche Städte bzw. folgt Deutschland wirklich einem US-amerikanischen Vorbild?

Hinsichtlich der Privatisierung oder Veröffentlichung von Räumen muss angemerkt werden, dass die Kritiker der Privatisierungskritik insofern Recht haben, als dass die reine Flächenbilanz eventuell positiv für eine Veröffentlichung von Stadt ausfällt: Ehemals private Räume wie Konversionsflächen und Industriebrachen werden zu Parks oder Wohnquartieren und damit der Allgemeinheit zugänglich. Entscheidend ist jedoch weniger der juristische Status, als vielmehr die Funktionen, denen diese Räume dienen sowie die soziale Dimension der Differenzierung von Öffentlichkeit und Privatheit in Städten. Einstige Militärgelände oder Industriebetriebe waren schließlich niemals Orte, die Funktionen für städtische Öffentlichkeit übernahmen und neue sozial und kulturell homogene, suburbane Wohnquartiere, die gar in Sackgassen enden, können soziologisch ebenso wenig als öffentlich beschrieben werden. Die neuen Shopping Malls, Business Improvement Districts und Passagen treten hingegen gerade mit dem Anspruch an, öffentlicher Raum zu sein bzw. ihn wiederzubeleben. Sie sind über den Arbeitsprozess hinausgehend sozial bedeutungsvolle Räume und ihre Funktionalität wird ebenso wie die sozialen Beziehungen in diesen Räumen massiv

durch die in diesem Buch beschriebenen Kontrollformen beeinflusst. Die zunächst nur eigentumsrechtliche Privatisierung von Räumen erleichtert dafür die Bedingungen. Gerade die zentrale Planung und Organisation von Shopping Malls ermöglicht darüber hinaus Formen der Kontrolle, die weit über herkömmliche Ausprägungen von privaten Sicherheitsdiensten und Kameras hinausgehen und die den Öffentlichkeitscharakter der Räume in Frage stellen (vgl. Gestring et al. 2005): Sie wirken direkt und indirekt auf alle Sinne und sollen einen manipulativen Charakter entfalten. Dadurch ähneln Malls mehr den Beschreibungen Aldous Huxleys als denen George Orwells. Solche Veränderungen großstädtischer Räume dürften kaum durch quantitative Gewinne oder auch qualitative Neuerungen, in Form von privaten Grillfesten in Parks, Beachvolleyballevents auf Marktplätzen oder Love Parades, ausgeglichen werden.

Der Vorbildcharakter der USA bzw. die These der US-Amerikanisierung der europäischen Stadt ist schwieriger zu bewerten. Hinsichtlich der Sozial- und Kriminalpolitik sind die Zweifel an der Vorbildfunktion am geringsten, wenngleich sich diese bislang eher auf die Richtung, denn auf die Intensität der Entwicklung bezieht. Das Primat der Ökonomie löst auch in Europa das der Politik ab. Punitive und exkludierende Politiken gewinnen an Einfluss und selbst das nie verwirklichte Ideal von Verteilungsgleichheit wird durch das der Chancengleichheit ideologisch-rhetorisch abgelöst. Inwieweit diese Entwicklung jedoch auch ein Verschwinden der europäischen Stadt im Sinne ihres normativen und historischen Bildes bewirkt, hängt davon ab, inwieweit die Ökonomisierung von Stadt und die Privatisierung von Raum fortschreiten. Noch kann der Einfluss von Politik und Stadtplanung in deutschen Städten als hoch eingestuft werden. Die bauliche Struktur der Städte, die europäische Tradition urbaner Lebensstile sowie der Einfluss von Bürokratien und zahlreicher anderer Akteure wie Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, sozialer Bewegungen oder Gewerkschaften, scheinen die Dominanz einer rein ökonomisch und exklusiv ausgerichteten Ideologie und Praxis bislang zu verhindern bzw. den Trend zu verlangsamen.

In der zweiten Auflage dieses Buches ist die Struktur der ersten gleichgeblieben. Die einzelnen Kapitel wurden allerdings teilweise mehr und teilweise weniger stark überarbeitet: Es wurde versucht, die neueren Ergebnisse der jeweiligen Forschung zu berücksichtigen, Zahlen und Daten wurden dementsprechend aktualisiert. An einigen Stellen führten die neueren Daten auch zu anderen oder modifizierten Interpretationen, die der Informationsstand bei der ersten Auflage nicht zugelassen hätte bzw. nicht nahe legte. Dass die jüngere Forschung und neuere Daten in dem Maße berücksichtigt werden konnten, verdanke ich auch Karen Sievers, die sowohl umfangreiche Recherchearbeiten vornahm, als auch das Manuskript Korrektur las und mit kritischen Anmerkungen versah. Dank geht auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsgruppen Stadtforschung und Devianz der Carl von

Ossietzky Universität Oldenburg: Sie waren zwar nicht unmittelbar an der Neuauflage beteiligt, ich verdanke ihnen jedoch konstruktive Kritik und zahlreiche Anregungen in vielen themenverwandten Diskussionen. Wie für die erste Auflage gilt selbstverständlich auch für diese zweite, dass jegliche Unzulänglichkeiten, die trotz der Unterstützung verblieben sein mögen, ausschließlich in meiner Verantwortung liegen.

Bremen, Oktober 2005 Jan Wehrheim

Einleitung

Bereits 1845 bemerkte Friedrich Engels am Beispiel von Manchester, dass Städte eigentümlich gebaut sind, sodass man jahrelang in ihnen „wohnen und täglich hinein- und hinausgehen kann, ohne je in ein Arbeiterviertel oder nur mit Arbeitern in Berührung zu kommen“, eine „heuchlerische“ Bauart „hinreichend, um vor den Augen der reichen Damen und Herren mit starkem Magen und schwachen Nerven das Elend und den Schmutz zu verbergen, die das ergänzende Moment zu ihrem Reichtum und Luxus bilden“ (1974: 97ff). Mit dieser historischen Feststellung hob Engels nicht nur auf die extreme soziale Ungleichheit ab, sondern deutete er das allgemeine sozialräumliche Phänomen der residentiellen Segregation an und verwies gleichzeitig darauf, dass die gebaute Struktur der Stadt Einfluss darauf haben kann, inwieweit sich unterschiedliche Bewohner der Großstädte begegnen können.

Inzwischen sind beide Aspekte vielfältig diskutiert worden. Von der Chicagoer Schule der Sozialökologie bis zu Pierre Bourdieu wurde Segregation unter den verschiedensten Blickwinkeln behandelt. Die Umstrukturierung von Paris durch den Baron Haussmann, in deren Folge nicht nur Kanalisation eingeführt wurde und prächtige Boulevards entstanden, sondern ebenso die Stadt kontrollierbarer wurde, verdeutlicht wiederum die historische Bedeutung der Stadtplanung genauso wie der Disput darüber, ob Robert Moses 1920 Brücken über New Yorker Highways bewusst so niedrig konstruiert hatte, dass öffentliche Busse aus den afroamerikanischen Vierteln nicht mehr an den Strand von Coney Island gelangen konnten.

150 Jahre nach Engels zeichnen sich erneut *räumliche* Trennungsprozesse in den Städten ab, die über bekannte Ausprägungen residentieller Segregation hinausgehen und ebenfalls die funktional und sozial durchmischten Stadtzentren sowie einzelne Orte betreffen und von denen nicht die Arbeiterklasse an sich, sondern eher heterogene Kategorien von Personen betroffen sind. Ein Hintergrund dafür ist die zyklische Wiederkehr des Themas Unsicherheit in Großstädten zu sein. Seit den 1990er Jahren gelangt dieses Thema durch zwei Faktoren verstärkt in die Öffentlichkeit: Neue Möglichkeiten, Sicherheit technisch und personell zu inszenieren und Stadt zu überwachen sowie durch den Diskurs um einen vermeintlich sozialen und baulichen Verfall von Städten, der sich im Zuge der Broken-

Windows-Idee und ihrer praktischen Adaption der Zero-Tolerance-Strategie sukzessive von New York über die Städte der Welt verbreitet. In Deutschland erscheint in diesem Kontext das so genannte Hamburger Bettelpapier „Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt“ von 1996 als eine Art umstrittenes Manifest einer städtischen Politik, die sich zusehends an einer räumlichen „Lösung“ sozialer Probleme und Konflikte orientiert.

Die sozialen Phänomene, die im Mittelpunkt stehen, gehen jedoch weit über strafrechtlich als kriminogen definierte Handlungskonstellationen hinaus. Es dominieren als „nicht mehr gemeinverträglich“ bezeichnete Verhaltensweisen und Erscheinungen: „social and physical disorder“. Dementsprechend wird an dieser Stelle keine Auseinandersetzung mit Stadt und Kriminalität geführt, sondern unter anderem eine mit Stadt und Inszenierung von Sicherheit. Die räumliche Verlagerung sozialer Phänomene und damit räumlicher Ausschluss von Individuen unter dem Primat der Sicherheit steht im Zentrum dieser Arbeit.

Infolge der wissenschaftlichen, politischen und medialen Popularisierung des Themas Sicherheit und Unsicherheit in der Stadt hat sich – wenn auch mit geringerer publizistischer Aufmerksamkeit – ein gegenläufiger Diskurs herausgebildet, nämlich ein Diskurs über Verluste von Urbanität, über simulierte Wirklichkeit in artifiziellen Räumen, über Überwachungsgesellschaft und über das Verschwinden der Armen, sodass teilweise sogar von einem konjunkturellen Kulturpessimismus gesprochen wird.

Davon zu sprechen ist berechtigt, denn wenn man sich durch Großstädte wie Köln, Bremen oder New York bewegt, so wird man immer noch urbane Stadtviertel finden, so sieht man immer noch bettelnde Menschen – ohne dass dies als eine Errungenschaft „freier“ Städte gepriesen werden soll – und Überwachung ist noch immer nicht das dominante Merkmal der Großstädte. Sie sind weder überwiegend steril noch ähneln sie Festungen, wie dies im Mittelalter der Fall war. Das von Mike Davis (1994) beschriebene, und vielfach in Wissenschaft und Feuilleton rezipierte und übertragene Beispiel von Bunker Hill in Los Angeles kann nicht überall hin übertragen werden.

Davon zu sprechen ist nicht berechtigt, denn trotz aller Vorsicht, mit der man sich dem Thema nähern sollte, gibt es Ansätze dafür, dass es sich nicht nur um konjunkturellen Pessimismus handelt, sondern sich in Städten tatsächlich Segregation durch Sicherheit überhöht und Kategorien von Personen von der Teilhabe am Leben in bestimmten Räumen der Städte ausgeschlossen werden. Dies sind bislang noch nicht die prägenden Erscheinungen von Stadt, es handelt sich aber auch um eine Entwicklung, die sich erst an ihrem Anfang zu befinden scheint – und die Thematisierung von Terrorismus hat die Konjunktur von Überwachung in Städten weiter beflügelt. Dementsprechend stehen die im Folgenden aufgeführten Beispiele nicht stellvertretend für die Großstadt an sich, sie verdeutlichen aber eine Tendenz. Eine Intention dieses Buches ist es, entsprechende Prozesse und

Veränderungen anhand von Instrumenten des „Überwachens und Ausschließens“ (de Marinis 2000) sowie anhand von neuen, meist de jure privaten Raumtypen näher zu beschreiben und zu interpretieren (siehe II., III.).

Ausgangspunkt für Überlegungen über eine mögliche eingeschränkte Nutzbarkeit von Städten und Vertreibung sozial Benachteiligter war ein längerer Forschungsaufenthalt in Santafé de Bogotá/Kolumbien. Der Terminus „limpieza social“, „soziale Säuberungen“, bezeichnet dort ganz überwiegend Morde an (armen) Jugendlichen, Obdachlosen, Prostituierten, Homosexuellen, Drogenkonsumenten oder Bettlern.[1] Er meint jedoch auch die (gewaltsame) Vertreibung dieser Personengruppen aus einzelnen Vierteln der Städte. Eine daraus resultierende Frage war, ohne eine Gleichsetzung betreiben zu wollen, ob sich ähnliche Phänomene der räumlichen Separierung auch in Städten fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften zeigen, und dies obwohl die sozial-räumliche Realität höchst unterschiedlich ist. Der folgende Vergleich entsprechender Entwicklungen in unterschiedlichen geographischen und sozialen Kontexten bezieht sich jedoch ganz überwiegend auf die USA und Deutschland.

Überwachung, moralische Deklassierung oder räumliche Trennung von Menschen sind allerdings keine neuen Erscheinungen „postmoderner“ Städte oder eine Erfindung neoliberaler Politik- und Ökonomieansätze. Vielmehr lassen sich zahlreiche historische Parallelen finden, die zwar nicht sui generis dargestellt werden können, aber auf die regelmäßig verwiesen werden wird. Historisch Neues lässt sich aber vor allem vor dem Hintergrund der Phase des Fordismus nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre erkennen, dies gilt mit Einschränkungen für beide Länder. Eine Verschiebung von integrativen zu ausgrenzenden Strukturen, die damit angedeutet wird, ist auch der Ansatz von neuen Theorien sozialer Ungleichheit wie sie mit den Termini *Urban Underclass* und *soziale Ausgrenzung* umschrieben werden, die sowohl Änderungen innerhalb der Sozialstruktur als auch deren neuen räumlichen Ausprägungen in den Städten aufgreifen (siehe I.). Segregation und die Nutzung von Raum kann dabei immer als Konkurrenz um eine reale oder symbolische Aneignung von und Verfügungsgewalt über Raum beschrieben und als Spiegelbild sozialer Ungleichheit im Raum interpretiert werden. Während Zugang zu den geographisch und sozial zentralen Orten der Städte Teilhabechancen am sozialen, politischen und ökonomischen Leben eröffnen kann, bedeutet der Ausschluss daraus nicht nur Ausschluss aus abstraktem Raum, sondern auch Vorenthalten von gesellschaftlich produzierten Ressourcen. Dementsprechend ist die zweite Intention dieses Buches zu untersuchen, inwieweit sich Prozesse sozialer Ausgrenzung und räumliche Trennungsprozesse wechselseitig beeinflussen resp. ob der Ausschluss aus

[1] Im Folgenden wird – der eigenen Inkonsequenz, aber vor allem der besseren Lesbarkeit geschuldet – immer nur die männliche Form genannt. Wenn es jedoch nicht explizit anders benannt wird, sind immer beide Geschlechter gemeint.

Raum Auswirkungen auf neue Formen sozialer Ungleichheit hat. Ausgrenzung, Ausschließung und Exklusion gelten zudem auch als zentrale Begriffe, mit denen eine neue Kriminalpolitik beschrieben werden muss. Neue Ausprägungen sozialer Ungleichheit scheinen mit einem Wandel in der Kriminalpolitik zu korrespondieren.

I. Un-Sicherheit und neue Ausprägungen sozialer Ungleichheit

1. Modernisierung und städtischer Wandel – Eine kurze Einführung in die Hintergründe

Es ist eine Trivialität, dass sich Gesellschaften ändern, und daher soll nur kursorisch nachgezeichnet werden, welches die wesentlichen Änderungen sind, die den Hintergrund für die in den folgenden Kapiteln darzustellende Problematik von Stadt, Sicherheit und Ausgrenzung bilden (vgl. auch Wehrheim 2004a: 25ff).

1.1 Wandel der Gesellschaft

„Fear is real" (Blakely/Snyder 1997: 101).

Die Krise des Fordismus und damit der Übergang in die als postfordistisch bezeichnete Phase seit Mitte der 1970er Jahre kann als die prägende Veränderung der vergangenen Jahre bezeichnet werden. Fordismus war nicht nur durch spezifische Arbeitsteilung in der industriellen Produktion gekennzeichnet. Neben Massenproduktion wurde auch über ein relativ hohes Lohnniveau und relative Vollbeschäftigung (vor allem in Deutschland und zumindest für Männer) Massenkonsumtion erreicht. Darüber hinaus regulierte der keynesianische Interventionsstaat die Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation und sicherte als Wohlfahrtsstaat (resp. über minimale Sozialleistungen in den USA) soziale Risiken der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen ab. „Klassenungleichheit sollte [in Deutschland; J.W.] durch Statusgleichheit im Zugang zu den zentralen gesellschaftlichen Institutionen der Bildung, der medizinischen Versorgung und der sozialen Sicherung konterkariert werden" (Kronauer 2002: 116). Armut resp. die Existenz von mit Armut verknüpften Randgruppen galt als Ausnahme und Ausdruck noch nicht erfolgter Integration. Sozialarbeit wurde betont und auch das Strafsystem orientierte sich überwiegend am Gedanken der Resozialisierung. Eine Art „penal welfarism" (Garland 2001) herrschte vor.

Technisierung und Automatisierung der Produktion, flexible Spezialisierung, sich verschärfende, globale Konkurrenz, Bedeutungszuwachs des Finanzsektors und eine fortschreitende Tertiarisierung wandelten das Bild, das vor allem in den 1990er Jahren begleitet und forciert wurde von einer Politik der Deregulierung und Flexibilisierung. Als Folge ergab sich eine Neustrukturierung des Arbeitsmarktes, eine Nachfrage neuer Qualifikationen

und damit eine Heterogenisierung der Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse. Diese ist gekennzeichnet durch die tendenzielle Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses, Prekarisierung der Beschäftigung, diskontinuierliche Erwerbsbiographien und zunehmende Massenarbeitslosigkeit. Während bis dato das Verhältnis ökonomischer Entwicklung zu Armut symmetrisch war, zeigt es sich seitdem erstmals in der Geschichte kapitalistischer Produktionsweise asymmetrisch: In Zeiten ökonomischer Prosperität werden keine deutlichen Beschäftigungseffekte erzielt, sondern Wachstum kann selbst zum Motor der Arbeitsplatzvernichtung werden – vor allem im Zusammenhang einer betriebswirtschaftlichen Orientierung anhand von Aktienkursen (Häußermann 1997: 16; Kronauer 2002: 101; Wacquant 2001: 482f). Zudem sagt ein bestehendes Arbeitsverhältnis immer weniger über mögliche Armut aus, was wiederum dazu führt, dass die Kategorie der „working poor" verstärkt berücksichtigt werden muss. Dies führte einerseits im Kern zu einer Verfestigung von Armut, zu Langzeitarbeitslosigkeit *und* zu fluktuierender Armut (vgl. Kronauer/Vogel 1998: 340), andererseits gerieten durch verbreitete Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug die Sozialsysteme in Deutschland in die Krise. Verteilungsspielräume und -motivationen wurden geringer. Soziales und Ökonomisches werden nun nicht mehr zusammen, sondern als Antagonismus gesehen (Rose 2000: 74). Gleichzeitig verstärkt sich eine soziale Polarisierung: Neben den Verlierern verbreiten sich auch Gewinner der Modernisierung. Neben Armut nimmt Reichtum zu, und dies drückt sich ebenfalls als Polarisierung im Konsumbereich aus: Banalisierte Massenware vs. Luxuskonsum.[2]

Die Phase des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus ist noch von weiteren Veränderungen gekennzeichnet. Frauen drängen zunehmend auf den Arbeitsmarkt (seit 1990 in Deutschland auch geprägt durch eine entsprechende Tradition in der ehemaligen DDR), wenngleich genderbegründete Disparitäten weiter fortbestehen.[3] Daneben gelten auch die

---

[2] Vgl. Huster 1997; Wacquant 2001 sowie den zweiten Armutsbericht der Bundesregierung von 2004: Die „Armutsrisikoquote" stieg gemäß dem Bericht von 12,4 % 2000 auf 15,4 % 2003. Bei den Privatvermögen halten die unteren 50 % der Haushalte nur 4 % des gesamten Nettovermögens, die höchten 10 % der Haushalte jedoch knapp 47 %. Dieser Anteil des oberen Zehntels stiegt zwischen 1998 und 2003 um 2 % (www.bmgs.bund.de/download/broschueren/A332.pdf, S. XXV v. 23.8.05).Für die USA sind die Zahlen ähnlich: zwischen 1969 und 1997 sank der Haushaltseinkommensanteil des untersten Quintils von 4,1 % auf 3,6% während der des höchsten Quintils von 43,0 % auf 49,4 % anstieg: „Most noticeably, the share of income controlled by the top 5 percent of housholds has increased from 16.6 percent to 21.7 percent" (www.census.gov/hhes/www/income/midclass/midclsan.html, vom 19.05.2005). 2003 galten offiziell 35,9 Millionen Amerikaner als arm, 1,3 Millionen mehr als 2002 (www.census.gov/hhes/www/poverty/poverty03/pov03hi.html, vom 19.08.2005).

[3] Die steigende Präsenz von Frauen in der Erwerbsarbeit geht einher mit einer steigenden Präsenz von Frauen in der öffentlichen Sphäre: auf dem Weg zur Arbeit, auf dem Weg zum Kindergarten, aber auch in Kneipen etc. Damit gewinnen auch Bedrohungen von Frauen im